

ECKPUNKTE FÜR DAS KONJUNKTURPAKET II

STEUERN: Die Einkommensteuerlast soll insgesamt um knapp neun Milliarden Euro gesenkt werden. Weil die Entlastung erst zum 1. Juli dieses Jahres kommen soll, umfasst sie 2009 knapp drei Milliarden und 2010 sechs Milliarden Euro. Der Grundfreibetrag wird von 7664 auf 8004 Euro angehoben. Außerdem wird der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt. «Heimliche Steuererhöhungen», bei denen Lohnerhöhungen durch höhere Steuerstufen verschwinden, sollen abgemildert werden. Die von der SPD geforderte stärkere Steuerbelastung von Spitzenverdienern und den Unions-Vorschlag nach mehr Entlastung mittlerer Einkommen soll es nicht geben.

ABGABEN: Auch die Abgaben-Entlastung soll jährlich bei neun Milliarden Euro liegen und vom 1. Juli an greifen. Dazu wird der Beitrag zur gesetzlichen Krankenkasse von 15,5 auf 14,9 Prozent gleichmäßig für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesenkt. Von niedrigeren Beiträgen profitieren auch Rentner. Die SPD hatte den Sonderbeitrag für Arbeitnehmer abschaffen wollen.

INVESTITIONSPAKT: Er hat einen Umfang von fast 18 Milliarden Euro und ist auf zwei Jahre verteilt. Der Bund stellt 14 Milliarden Euro zur Verfügung, den Rest die Länder. Von den Bundesmitteln sollen 6,5 Milliarden an Schulen und Hochschulen gehen, 3,5 Milliarden an Krankenhäuser, Städtebau und ländliche Infrastruktur sowie 4 Milliarden Euro in den Ausbau von Straßen und Schienen des Bundes sowie Bundesbauten. Schnelle Internetverbindungen werden vor allem auf dem Land ausgebaut. Investitionen sollen beschleunigt werden.

KINDER/HARTZ IV: Einmalig wird 2009 ein Kinderbonus von 100 Euro pro Kind gezahlt. Dies würde 1,8 Milliarden Euro kosten. Der Regelsatz für Kinder von Langzeitarbeitslosen im Alter von 6 bis 13 Jahren soll zum 1. Juli von 60 auf 70 Prozent steigen - dies umfasst rund 500 Millionen Euro.

ARBEIT: Kurzarbeit soll für Betriebe attraktiver werden, um Entlassungen zu vermeiden. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt bis 2010 die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber in Höhe von 2,1 Milliarden Euro. Etwa zwei Milliarden Euro sollen zusätzlich zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen bereitstehen.

AUTOABSATZ: Wer sein mindestens neun Jahre altes Auto verschrottet und gleichzeitig ein neues Fahrzeug mit mindestens Euro-4-Abgasnorm kauft, bekommt eine einmalige Prämie von 2500 Euro. Das neue Auto muss noch in diesem Jahr zugelassen werden. Die Prämie kostet insgesamt 1,5 Milliarden Euro. Die Kfz-Steuer soll zum 1. Juli vom Hubraum auf den Kohlendioxid-Ausstoß umgestellt werden.

SCHUTZSCHIRM: Mit einem Kredit- und Bürgschafts-Programm soll Unternehmen geholfen werden, die von Banken wegen der Finanzkrise kein frisches Geld erhalten. Für Bürgschaften sollen 100 Milliarden Euro bereitstehen. Der CDU-Vorschlag nach möglicher Staatsbeteiligung an Unternehmen in Notfällen wurde nicht aufgegriffen. Forschungsprojekte des Mittelstands sollen stärker gefördert werden.

SCHULDENBREMSE: Die Netto-Neuverschuldung für das Paket wird voraussichtlich alle bisherigen Rekorde brechen. Geplant ist daher eine Schuldenbremse im Grundgesetz sowie ein Plan zur Rückzahlung neuer Kredite.